

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis monatlich 0,20 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0,40 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß. Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 32

Sonnabend, den 9. August 1924

28. Jahrgang

Unternehmer und Arbeiter.

Die durch die Katastrophe des Weltkrieges erzeugte Verwirrung beginnt sich zu lichten. Es ist jetzt möglich, Schlussfolgerungen zu ziehen. Dabei wird sich herausstellen, daß sich nicht wenige bisher vertretene Auffassungen als nicht richtig erwiesen haben.

An äußeren Zeichen dieser Entwicklung fehlt es nicht. Es sind bereits auf Arbeitnehmerseite Schlussfolgerungen gezogen worden. So sind zum Beispiel die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer aus der Zentralarbeitsgemeinschaft ausgetreten. Dieser Schritt ist mehr als ein Symptom. Er ist die Erkenntnis der Tatsache, daß der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter größer ist als je. Mancher neumannkluge Zeitgenosse könnte hier einwenden, er habe es doch gleich gesagt, daß es mit der Zentralarbeitsgemeinschaft nichts gewesen ist. So einfach liegen aber die Verhältnisse nicht. Nichts wäre unangebrachter, als Vorwürfe wegen der Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft zu erheben. Wir wollen hierzu rückblickend einiges sagen.

Es hat bisher keine Katastrophe in dem Ausmaße gegeben, wie sie der Weltkrieg darstellt. Es waren bisher noch keine größeren Schwierigkeiten zu überwinden, als die, welche sich aus dem Weltkrieg ergeben haben. Das kapitalistische Zeitalter war in voller Blüte. Die Beherrschung des Weltmarkts führte zur Krise des Weltkrieges. Nach Beendigung desselben mußten die Kräfte herangezogen werden, welche vorhanden und in der Lage waren, in das entstandene Chaos wieder Ordnung zu bringen. Es hätte zu noch verhängnisvolleren Folgen geführt, als sie schon eingetreten sind, wenn die Arbeitnehmer sich eingebildet hätten, die Situation allein zu meistern. Dazu fehlten den Arbeitnehmern alle Voraussetzungen, als da sind Produktionsmittel, Finanzen und vor allem die Kenntnisse, um die Wirtschaft zu beherrschen. Die Übernahme der Wirtschaft durch die Arbeitnehmer wäre der Untergang von Millionen Arbeitnehmern gewesen, wie es der in Rußland gemachte Versuch zur Genüge beweist. Aber andererseits war auch keine Möglichkeit gegeben, daß die Unternehmer allein Ordnung schaffen konnten, der Weltkrieg hatte in dem Denken und Fühlen der Arbeitnehmer Veränderungen hervorgerufen, welche es ausschlossen, daß man ohne Mitwirkung der Arbeitnehmer zu einem Ziele kommen konnte. Nichts war daher natürlicher, als daß sich die Vertreter der Unternehmer und der Arbeitnehmer in der Zentralarbeitsgemeinschaft zusammenfanden. Im Verlaufe dieser Entwicklung hat es sich dann herausgestellt, daß sich die Unternehmer nur passiv zu verhalten brauchten und daß die Gewerkschaften allein die Aufgabe und die Ordnung der Verhältnisse herbeiführen konnten. Die dann innerhalb der Arbeitnehmerbewegung einsetzende Zerrissenheit hat verhindert zu erproben, wie sich die Unternehmer gegenüber einer geschlossenen Arbeiterbewegung verhalten haben würden. Vielleicht wäre die Zentralarbeitsgemeinschaft dann in eine andere Bahn gelenkt worden. In keinem Falle wäre es allerdings möglich gewesen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam die Wirtschaft zum Segen der Allgemeinheit verwalten hätten. Hier liegen Hemmungen vor, auf die in dieser Abhandlung nicht eingegangen werden kann. Eines ist aber sicher, diejenigen, welche sich unter der Zentralarbeitsgemeinschaft eine Harmonie von Kapital und Arbeit vorgestellt haben, waren stets in einem Irrtum befangen. Zu ihnen zählen aber nicht die freien Gewerkschaften. Deren richtige Beweggründe haben wir bereits gekennzeichnet.

Die Uneinigkeit der Arbeitnehmer hat es verursacht, daß alles noch anders und sehr viel schlimmer für die Arbeitnehmer kam. Für die Unternehmer bestanden dadurch keine Hemmungen mehr, ihre Macht war sehr schnell wieder hergestellt. Nun begannen die Unternehmer einen Raubzug gegen die Arbeiter und den Mittelstand, wie er in der Geschichte ohne Beispiel ist. Die Produktion spielte keine Rolle mehr, sondern mit Hilfe der Inflation und der Spekulation wurde die Expropriation der genannten Schichten durchgeführt. Davon hat das sich stark vermehrende Unternehmertum gelebt. Hinter der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften stand nicht die Mehrheit der Volksgenossen und die Warnungen derselben, sowie deren Vorschläge zur Geländung der Wirtschaft und zur Behebung der Inflation wurden unbeachtet gelassen. Die Unternehmer lebten nur ihren Profitinteressen, feinerlei Geist und Energie wurde aufgebracht, um wieder zu einer vernünftigen Wirtschaft zu kommen, man lebte nach dem Grundsatz: Nach uns die Sintflut! einfach in den Tag hinein. Bis sich die Inflation totselbst. Nun war auch das Unternehmertum mit seinem Latein zu Ende. Nun hieß es: Nur Mehrarbeit kann uns retten!, das wurde von denen gerufen, die nur spekuliert, aber nicht gearbeitet hatten. Aber auch diese Parole war nicht ernst gemeint, denn auch ihre restlose Anerkennung hätte erfordert, daß die Unternehmer in ihren Reihen Ordnung schafften und ihre Betriebe wieder auf die Höhe brachten. Das wollte man nicht. Selbst wollte man keine Opfer bringen. Die Sehnsucht der Unternehmer war eine neue Inflation. Mit Hilfe von Krediten, welche durch die neue Inflation wiederum entwertet wurden, wollten die Unternehmer aufs neue herrlich und in Freuden und vor allem ohne geistige Anstrengung leben. In dieser Richtung laufen heute noch die Bestrebungen vieler Unternehmer und es finden sich leider auch Arbeitnehmer und Betriebsräte, welche dies unterstützen, ohne zu bedenken, daß dann die Folgen für die Arbeitnehmer noch viel schlimmer sein werden, als es schon jetzt der Fall ist.

Zum Glück ist eine neue Inflation in dem von den Unternehmern gedachten Sinne aus den verschiedensten Gründen nicht möglich: die Arbeitnehmer und der Mittelstand sind bereits ausgeglichen, die Anpassung der Preisgestaltung an die Geldentwertung würde sofort erfolgen und der Staat würde sein letztes Ansehen in der Welt verlieren. Deshalb gibt die Reichsbank diesem Drängen auch nicht nach. Die Arbeitnehmer müssen die Reichsbank hierbei unterstützen.

Nun suchen die Unternehmer nach einem neuen Ausweg und der von ihnen beherrschte Staat kommt ihnen dabei zu Hilfe. Mit allen Mitteln sollen jetzt die Arbeitnehmerrechte abgebaut und Schutzgölle eingeführt werden, um einerseits die Arbeitskraft auszunutzen, andererseits die Erhaltungskosten für dieselbe zu verteuern. Niemals war der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern größer als gegenwärtig.

Wir befinden uns nicht in einer Wirtschaftskrise, die selbst im kapitalistischen System unabwendbar wäre und die so lange der Kapitalismus die Herrschaft hat, auf die Arbeitnehmer am stärksten zurückwirken muß, sondern wir befinden uns in einer Krise, welche

herbeigeführt worden ist durch die Verantwortungslosigkeit der Unternehmer, die hierbei vom Staate unterstützt werden.

Dadurch werden nicht nur die deutschen Arbeitnehmer außerordentlich geschädigt, sondern auch die Arbeitnehmer der ganzen Welt haben hierunter zu leiden, wie die Verhandlungen der Internationalen Arbeitskonferenz eindeutig bewiesen haben.

Die deutschen Unternehmer versuchen immer noch, ihre Existenz nur auf Kosten der Arbeitnehmer zu erhalten.

Es ist von den Unternehmern bisher nichts geschehen, um die Produktion in Ordnung zu bringen. Eine viel zu große Zahl von Unternehmen ist vorhanden. Sehr viele unrentable Unternehmen werden mit Hilfe der Kartellpolitik mitgeschleppt. Dadurch kommt keine Konkurrenz zustande und hierdurch wird die Verbilligung der Produktion verhindert. Die Kalkulationsmethoden sind den stabilen Geldverhältnissen noch nicht angepaßt worden. Die Betriebe werden technisch und organisatorisch nicht auf die Höhe gebracht. Durch alle diese Mißstände wird die Arbeitslosigkeit immer größer, durch Verlängerung der Arbeitszeit wird dies noch schlimmer und zusammen mit der Niedrighaltung der Löhne wird die Kaufkraft im Inland immer geringer und dadurch der Absatz droht, durch die hohen Preise aber gleichzeitig der Auslandsmarkt verschlossen. Immer erneuter Druck auf die Arbeitnehmer kann an diesen Zuständen nichts ändern, denn der Kern des Übels bleibt. Dagegen wird das Elend der Arbeitnehmer immer mehr verschlimmert.

Die Gesundung muß in den Reihen der Unternehmer einsetzen. Die Arbeitnehmer dürfen sich auf keine Maßnahmen einlassen, welche diesen Reinigungsprozeß aufhalten.

Es ist Aufgabe der Partei, die Forderungen zur Wiederaufnahme der vollen Produktion aufzustellen und dieselben zu vertreten und alle Arbeitnehmer müssen dieselben unterstützen, bis der Druck so groß ist, daß ein Erfolg erzielt wird.

Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Existenz der Arbeitnehmer zu sichern durch hohe Löhne, niedrige Arbeitszeit und ausreichende Arbeitslosenunterstützung.

Um diese Ziele zu erreichen, ist es aber notwendig, daß die Arbeitnehmer ihre Klassenlage erkennen und die Zusammenhänge richtig erfassen. Radikalismus und Harmonieduselei sind gleichermaßen vom Uebel. Nächsterne, kühle Vernunft muß die Oberhand gewinnen. Darüber müssen wir uns klar sein, daß der Kampf ein schwerer sein wird und daß derselbe in der Herrschaft des Kapitalismus geführt werden muß, so daß es also um keine Endziele geht, sondern um die bestmögliche Ordnung der gegenwärtigen Verhältnisse, damit überhaupt erst wieder der Kampf Boden für unsere Ziele geschaffen wird. Inwieweit liegen die Verhältnisse noch ähnlich wie 1918.

Die Arbeitnehmer müssen sich in diesem Kampfe immer mehr auf das kollektivistische Prinzip umstellen, das heißt, sie müssen starke Gewerkschaften schaffen, welche den Arbeitsvertrag bestmöglich regeln. Dieses kollektivistische Prinzip ist die Grundlage der Zukunft der Arbeitnehmer. Etwas hat sich seit 1918 doch geändert, der Individualismus ist enghüftig zurückgedrängt und der Kollektivismus gewinnt immer mehr an Boden. Das zeigt sich national in der Sozialgesetzgebung der einzelnen Staaten und international in der wachsenden Bedeutung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und vor allem auch des Internationalen Arbeitsamtes. An den Arbeitnehmern ist es nun, sich auf dieses kollektivistische Prinzip vollkommen einzustellen. Dieser Entschluß ist zudem gar nicht schwer. Es bedarf hierzu nur der Zugehörigkeit zu der in Frage kommenden Gewerkschaft und des festen Willens, die Beschlüsse und Weisungen derselben auch anzuerkennen und durchzuführen.

Auf der letzten Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes hat sich gezeigt, wie schwer es einem Staate, wie Deutschland doch heute schon ist, soziale Reaktion zu treiben, denn die Erklärungen der deutschen Regierung über die Beseitigung des Achtstundentages haben in der ganzen Welt unliebsames Aufsehen erregt und die Aufmerksamkeit aller Arbeitnehmer der Welt auf Deutschland gerichtet. Das ist für den Kampf der deutschen Arbeitnehmer um die Wiedergewinnung des Achtstundentages von hoher moralischer Bedeutung.

Es regen sich also international die Kräfte, welche der Ausbeutung der Arbeitnehmer Schranken setzen wollen, und es ist Sache der Arbeitnehmer, in dieser Richtung weiterzuarbeiten. Das ist nur kollektiv, in starken Gewerkschaften möglich und je schneller alle Arbeitnehmer das einsehen, um so rascher wird es wieder vorwärts gehen. Es liegt an den Arbeitnehmern, dem Kapitalismus das Gesetz des Handelns vorzuschreiben und denselben endlich zu überwinden.

Die Arbeitszeit in den deutschen Pflasterstein- und Schotterwerken.

Den Verbandsmitgliedern aus dieser Gruppe ist gewiß noch in Erinnerung, wie ihre Betriebsverhältnisse sich am Anfang dieses Jahres gestaltet hatten. Die mißliche Lage dauerte teilweise sogar bis ins zweite Vierteljahr hinein. Die Arbeitsverhältnisse waren äußerst ungünstig, Kurzarbeit und vorübergehende Betriebsstilllegungen wurden aus fast allen Steinbruchgebieten der Pflastersteinindustrie gemeldet. Hinzu kam, daß die Unternehmer durch ihren Verband den Reichsarbeitsvertrag für die Pflasterstein- und Schotterwerke zum 31. März 1924 gekündigt hatten und als kündigende Partei mit ihren Änderungsvorschlägen durchaus nicht heraustreten. Erst am 30. März gelangten die Änderungsvorschläge, nachdem die drei Monate der Kündigungsfrist untätig verstrichen waren, in den Besitz der Verbandsleitung. Die Arbeitgeber hatten sogar beim Reichsarbeitsministerium veranlaßt, daß mit dem Ablauf des Vertrages auch dessen Verbindlichkeit aufhörte. Diese Maßnahme bezweckte, für die Zwischenzeit des Ablaufs bis zum eventl. Neuabschluß arbeitgeberseits vollständig freie Hand zu haben. Denn auf dem Gebiete des Tarifwesens besteht die Gepflogenheit, daß, wenn ein Vertrag abgelaufen und die Absicht zum Neuabschluß vorhanden ist, nummehr die Bestimmungen des abgelaufenen Tarifs in der formell vertraglosen Übergangszeit weiter gelten. Durch die Aufhebung der Verbindlichkeit haben die Arbeitgeber das verhindert. Unseren Kollegen aus der Pflasterstein- und Schottergruppe ist nicht unbekannt, daß mit Ablauf des RAV. auch die ihm angepaßten und angegliederten Bezirkstarife im Sinne der Arbeitgeber erlosch werden sollten. Seit Jahr und Tag haben immer mehr Arbeitgeber ihrer Anzu-

friedenheit mit dem Inhalt des RAV. bei jeder Gelegenheit Ausdruck verliehen. Nach ihrer Meinung hatten die Arbeiter in diesem Vertrag zu viele Rechte und die Werke zu viele und dauernd untragbare Pflichten. Als dann am Anfang des Jahres 1924 die wirtschaftliche Lage sich mehr und mehr zu ungunsten der Arbeiter zuspitzte, glaubten nun die Gegner des RAV. in Arbeitgeberkreisen ihre Wünsche erfüllen zu können, und alles bisher in Geltung Gewesene über Bord werfen zu müssen. Aus den frustrierten Berichten über die jeweiligen Unternehmernzusammenkünfte, die der Öffentlichkeit zugänglich waren, konnte nicht unschwer entnommen werden, wie auf all diesen Tagungen die Einsicht und Vernunft mit den Gegenpart gerungen hatte; leider war auch zu entnehmen, daß diesen Vertragsfeindlichen manche Konzessionen gemacht wurden. Das war die Lage, als Mitte Mai endlich Verhandlungen zum Neuabschluß des RAV. in Berlin stattfanden. Der Auszug aus dem Verhandlungsbericht der Jahreshauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie am 20. Juli in Hannover, den wir in dieser Nummer des „Steinmetz“ unter „Rundschau“ den Kollegen zur Kenntnis bringen, bekräftigt und unterstreicht unsere vorstehenden Darlegungen.

Im Frühjahr dieses Jahres haben nun nicht wenige Arbeitgeber aus der Pflasterstein- und Schottergruppe die Wiederinbetriebnahme der Steinbrüche oder die Aufhebung der Kurzarbeit oder die Neueinstellung von Arbeitsträgern von einer längeren Arbeitszeit wie 8 Stunden täglich, abhängig gemacht. Der Widerstand der Kollegen war durch die wirtschaftliche Not des Winters geschwächt, ihr Nachgeben hat aber den Arbeitgebern das Spiel sehr erleichtert. Die Leitung des Steinmetzverbandes hat in den meisten Fällen von diesen Vorkommnissen erst dann Kenntnis erhalten, wenn die Betriebsbelegschaft bereits zugestimmt, ja, die Zustimmung durch die Tat ausgesprochen hatte. Der Kollege Siebold mußte in verschiedenen seiner Versammlungen im Monat April all diese Tatsachen feststellen, ohne daß Verbandsleitung und Gauleitungen vorher genügend unterrichtet worden waren. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Not waren diese Vorgänge gewiß verständlich, obgleich in manchen Fällen mehr Festigkeit seitens der Kollegen die Zustimmung der Arbeitgeber abgewehrt hätte. Die damals noch bevorstehenden Verhandlungen zum Neuabschluß des RAV. mußten auf Grund dieser Vorkommnisse für die Arbeiter-Verhandlungskommission sich natürlich äußerst schwierig gestalten, wie die Verhandlungen am 20. Mai zum Neuabschluß auch bezeugten. Der § 4 des RAV. hat nach längeren eingehenden Verhandlungen folgenden Wortlaut bekommen:

Arbeitszeit.

„Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes es erfordern, kann die Arbeitszeit im Einvernehmen mit den in Frage kommenden vertragschließenden Arbeiterorganisationen vorübergehend auf neuen Stunden festgesetzt werden. Die 9. Stunde ist nicht zulagspflichtig.“

Die Verhandlungskommission der Arbeiter hat natürlich erst nach reiflicher Überlegung und nachdem noch Schlechtes abgekehrt wurde, diesem Wortlaut zugestimmt! Die Kollegen aus der Pflasterstein- und Schottergruppe würdigten die Lage im Gewerbe und jene in anderen Industrien und fanden sich mit dem Neuabschluß, als Niederlag der Berufslage, ab, zumal auch die sonstigen Bestimmungen des Vertrages durchaus nicht im Sinne der Vertragsgegner im Arbeitgeberlager festgelegt waren.

Dieser § 4 über die Arbeitszeit hat nun, wie vor auszusehen war in der Praxis Unstimmigkeiten hervorgerufen, die Veranlassung gaben, daß das Haupttarifamt des RAV. am 26. Juli auf Anregung der Arbeitgeber sich mit dem Wortlaut des § 4, jeiner praktischen Anwendung und dem Sinne der Aussprache bei seinem Abschluß eingehend beschäftigte. Von Arbeitgeberseite legte Herr Direktor Klesenz vor dem Tarifamt die Erfahrungen dar, die darin gipfelten, daß vom Zentralverband der Steinmetz der § 4 nicht in seinem ganzen Gefüge und nicht im Sinne der geführten Verhandlungen beachtet werde, infolgedessen eine Klärung durch das Haupttarifamt notwendig sei. Der Kollege Winkler vom Verbandsvorstand bestritt in seinen Darlegungen, daß im Verbands- und vom Vorstand entgegen dem Wortlaut und dem Sinne der Tarifverhandlungen gearbeitet würde. Die „wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes“ und das „vorübergehende“ dürften nicht als dehnbare Begriffe gelten, auch müsse es dem einzelnen Arbeitgeber freigestellt bleiben, die neunte Stunde mit einem Zuschlag zu bedenken. Nach eingehender Aussprache gab dann das Haupttarifamt nach längerer engerer Beratung folgende Erklärung ab:

„Auf Grund des § 4 des RAV. ist die einzige Vorforderung für die vorübergehende Arbeitszeitverlängerung auf 9 Stunden das Betriebszweckverhältnis. Wird dieser Nachweis aus den allgemeinen, kaufmännischen und technischen Gesichtspunkten heraus erbracht, so ist der Arbeitszeitverlängerung zuzustimmen.“

Forderungen anderer Art, von deren guter Erledigung die Zustimmung abhängig gemacht wird, widersprechen dem Sinne des Vertrages und dem Willen der Verhandlungskommission. Insbesondere wird ausdrücklich festgestellt, daß die neunte Arbeitsstunde zulagsfrei ist.“

Diese Erklärung umschreibt den § 4 im Sinne der Tarifberatungen vom 20. Mai. Wir haben uns auf Grund der gegebenen Sachlage damit abzufinden und müssen unsere Maßnahmen danach so treffen, daß uns als Tarifkontrahent kein Verstoß gegen den § 4, wie überhaupt gegen den Tarif, nachzuweisen ist. Besonders der 2. Absatz in der Erklärung des Haupttarifamtes ist von unseren Kollegen streng zu beachten. Die Betriebsbelegschaften handeln in allen Streitfällen aus dem § 4 des RAV. richtig, wenn sie sich sofort an ihre Gauleitung wenden damit von ihr, „das Betriebszweckverhältnis“ mit geprüft werden kann. Betriebszweckverhältnis darf natürlich keine Einrichtung werden, um die „vorübergehende Arbeitszeitverlängerung“ dauernd werden zu lassen. Es muß also nach Verlauf einiger Wochen der Nachweis erneut erbracht werden, denn der § 4 sagt ausdrücklich: „Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden!“ Daraus wird nichts geändert.

Ob nun die Arbeitgeber in der Pflasterstein- und Schotterindustrie alle sowie die Einsicht aufbringen und den Einleitungsatz im § 4 nicht übersehen, wird in der weiteren Praxis sich heraus-

stellen. Es muß den Arbeitgebern bekannt sein, wie gerade in den ländlichen Steinbruchsgebieten, auf die Steinarbeiter, nach ihrer Arbeitstätigkeit im Betrieb, noch emsige Arbeit in der eigenen kleinen Hauswirtschaft wartet. Von den Arbeitgebern wird diese „häusliche“ Arbeit in ihrem Ergebnis (Geldfrüchte usw.) sehr oft als der Kulminationspunkt bei der Lohnbemessung bezeichnet. Allein schon deshalb möchte das „Betriebsfordernis“ zur „vorübergehenden Arbeitszeitverlängerung“ nur ganz selten, und zwar nur in dringenden Fällen, die Begründung für den Arbeitgeber-Sparkschein (§ 4 des NAB. und die Erklärung des Haupttarifamts) abgeben. Dann wird die Praxis sicherlich keine besonderen Schwierigkeiten ergeben. Unsere Kollegen wiederum dürfen mit der Prüfung der Notwendigkeit keine anderen Forderungen verbinden und etwa von ihren Erfüllungen die Bereitwilligkeit abhängig machen. Auch für uns kommt in Frage, daß der Tarif am 1. Oktober zum Jahreschluss gekündigt werden kann. Es wird zweifellos gekündigt werden müssen, wenn eine Bestimmung, der wir unter dem Druck der Verhältnisse zustimmen mußten, um anderes zu halten, sich einseitig auswirkt, um den Achtstundentag abzuwürgen.

Dawes-Gutachten und Arbeitnehmer-Interesse

Von Prof. Dr. Julius Hirsch.

III.

Zu 3. Die Führung unserer Wirtschaftspolitik ist künftig nicht mehr allein unsere Sache. Recht deutlich erklärt der Dawes-Bericht, daß die bisherigen Richtlinien unserer Frachtenpolitik, nicht etwa nur diejenige der Inflationen sei, sondern schon die der Vorkriegszeit eine Art „Dumping“ gewesen sei, weil man nicht so sehr auf die Rentabilität der Bahnen, sondern auf die Produktivität der ganzen Volkswirtschaft hingearbeitet hat. Die Sachverständigen verweisen auf die rein präventivwirtschaftlichen Grundzüge der Frachtenpolitik in den Vereinigten Staaten und in England. Sie übersehen dabei, daß in Deutschland das Eisenbahnwesen eine ganz andere Bedeutung hat als in dem meeresumspülten, von Kanälen durchzogenen englischen Königreich oder gar als in den Vereinigten Staaten, wo der Rohstoffreichtum des Landes der ganzen Volkswirtschaft ganz andere Kostenverhältnisse als der deutschen bietet. Die beiden praktischen Schlussfolgerungen sind aber die, daß wir für die nächste Zeit mit einem sehr entschlossenen Nachlassen der Eisenbahnaufträge für Neubauten und Ausbau des Bahnwesens und mit sehr beträchtlich höheren Frachten als vor dem Weltkriege zu rechnen haben. Die Sachverständigen können sich bei all ihren Ausführungen darüber auf deutsche Aussagen stützen. Aus Furcht vor einer Belastung ihrer eigenen Sachwerte haben die deutschen Industriellen immer wieder auf die große Belastungsfähigkeit unserer Eisenbahnen hingewiesen. Daraus kann sich auf die Dauer eine unerfreuliche Enttäuschung ergeben. Früher sind aber hohe Eisenbahnraten und damit Verteuerung der Warenpreise gegenüber dem Ausland ziemlich wahrscheinlich, zumal die uns benachbarten Bahnsysteme fast durchweg nicht nur keine Goldmilliarde Gewinn, wie das jetzt von uns verlangt, sondern meistens ein ziemlich kräftiges Defizit aufweisen. Die deutsche Volkswirtschaft im ganzen, die deutschen Arbeitnehmer im besonderen haben aber ein sehr entschiedenes Interesse daran, daß die deutsche Eisenbahnpolitik, die Frachten- und damit die Preispolitik nach deutschen volkswirtschaftlichen Interessen und nicht nach einer hohen Rentabilität einer Eisenbahngesellschaft betrieben wird. Deshalb: Ablösung dieser Spezialschuld durch eine allgemeine.

Dasselbe gilt von der Zinspolitik. Diese ist ausdrücklich mit in die Hände nicht nur der neuen Notenbank, sondern unter Umständen auch des „Agenten für Reparationszahlungen“ gelegt. Die Einsetzung dieses Agenten ist zunächst eine den deutschen Interessen günstige Maßnahme. Das Ausland hat uns immer wieder vorgerechnet, daß unsere innere Steuerkraft bei richtiger Anpassung sehr beträchtliche Summen für Reparationszahlungen aufbringen könne, zumal wir ja für die Krieganleihe infolge der Wertvernichtung der Mark

überhaupt keine Zinsen aufzubringen hätten. Demgegenüber haben wir stets auf die Tatsache verwiesen, daß Geldausbringung im Inlande noch lange nicht Zahlung aus Ausland sei. Verjüchte man für die aufgebrauchten Mark Devisen zu kaufen, so würden, wenn nicht aus großem Ueberfluß der Ausfuhr über die Einfuhr viele Devisen übrig seien, eben draußen immer mehr Marknoten zum Verkauf angeboten, der Preis der Mark müßte sinken, und so würde wieder eine neue Währungsstafastrophe entstehen. Die führe aber, wie die Vergangenheit gezeigt habe, bald zur Zahlungsunfähigkeit. Deshalb erkrankte Rathenau die Erzeugung dieser Goldleistungen durch Sachleistungen. Solche bedeuten aber für unsere Ausfuhr unter Umständen auch eine Wegnahme von Rohstoff und Arbeitskraft, folglich eine Verkleinerung der Devisenannahmen und damit einen Devisenmangel; ferner aber wehrte sich z. B. die französische Industrie auch gegen allzuviel Sachleistungen, weil daraus für sie selber eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit entstehen könnte. Diese ganzen Schwierigkeiten löst der Dawes-Bericht nicht, sondern er überträgt diese ganzen Aufgaben auf einen Agenten für Reparationszahlungen. Dieser soll einmal die vorgeschriebenen Markbeiträge einziehen und dafür so viel wie möglich Devisen oder auch deutsche Waren kaufen, unter Umständen auch deutsche Aktien und sonstige Sachwerte. Was er nicht aus Ausland übertragen (in der Sprache des Berichts „transferieren“) kann, das soll er in Deutschland für Rechnung der Entente ankaufen und ausleihen, bis 5 Milliarden Goldmark erreicht sind. Erst dann hören eine Weile die inneren Zahlungen auf.

In dieser Hinsicht gibt man sich vielfach übertriebenen Hoffnungen hin. Die Hauptaufgabe des Agenten ist schließlich, dafür zu sorgen, daß die Entente möglichst große Zahlungen in Gold und Sachleistungen erhält. Deshalb muß er dafür sorgen, daß möglichst viel Devisen nicht nur nach Deutschland hineinkommen, sondern besonders auch verfügbar in der neuen Notenbank bereitgestellt werden. Das kann man erfahrungsgemäß so machen, daß man den Zinssatz hoch ansetzt. Hoher Zinssatz lockt nicht nur Inlandgeld, sondern auch Auslandsgeld, also Devisen an. Auf diese Möglichkeit weist der Dawes-Bericht zwar vorichtig, aber doch recht deutlich hin. Nun besagt ein volkswirtschaftliches Gesetz: Steigt der Zins, so sinkt der Lohn. Und das ist hier sehr leicht zu sehen. Auf dem Weltmarkt muß unser Preis dem der anderen Länder mindestens gleich, vielleicht noch etwas niedriger sein. Sind nun unsere Zinsen höher wie die der anderen Völker, so müssen auf die Dauer unsere andern Selbstkosten, insbesondere unsere Lohnkosten, eben niedriger sein. Deshalb liegt in dieser ganzen Regelung die Gefahr einer Niedrighaltung des Lohnniveaus zugunsten der „Transferierung“. Auch deshalb hat das deutsche Volk im allgemeinen, die Arbeiterschaft im besonderen, ein starkes Interesse daran, daß diese Art der „Transferierung“ durch Aufnahme einer einfachen Auslandschuld erledigt werde. Das ist aber wieder nur möglich bei endgültiger Abmachung über die ganze Schuld.

Zu 4. Darauf zu achten, haben die Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland aber besonderen Anlaß. Nicht nur deshalb, weil sie schließlich in der ganzen Zeit der Inflation neben den Rentenempfängern und Papiermarkbesitzern fast die alleinigen Träger aller Lasten aus Reparationserfüllung und Richterfüllung und aller sonstigen Staatslasten gewesen sind, sondern weil auch die Lastenverteilung, die das Gutachten nunmehr vorzieht, sie wieder zu Hauptträgern der Belastung macht. Im Sommer 1921 hatte Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt vorgeschlagen, durch eine Sachwertbelastung sowohl die Reparationslast auf den entschuldeten Sachwertbesitz zu übernehmen, wie auch die Währung auf gleichem Wege vor weiteren Stürzen zu bewahren. Damals hätte also der Besitz der Reparationslast zusätzlich tragen und damit einen Ausgleich gegenüber der schweren Belastung gewähren sollen, welche die breiten Massen bis dahin durch Geldentwertung bereits erlitten haben. Das

* Im gegenwärtigen Augenblick ist hoher Zins allerdings aus innerwirtschaftlichen Gründen notwendig; er hilft zur notwendigen Kapitalbildung und zwingt augenblicklich zum Warenverkauf unter Herabsetzung der übersteigerten Warenpreise. Auf die Dauer aber tritt auch bei uns jenes volkswirtschaftliche Gesetz der „Konträr-bewegung von Lohn und Rente“ wieder in Kraft und Wirksamkeit.

wurde aber unter unerhörter Agitation abgelehnt. Immerhin hat auch die Cuno-Regierung im Juni 1923 der Entente an, die Lasten so zu verteilen, daß ein Drittel durch eine Sachwertbelastung von Industrie und Landwirtschaft, ein Drittel durch eine Last auf die Eisenbahnen und ein Drittel durch eine Belastung des Verbrauchs getragen werden sollte. Die jetzige Lastenverteilung sieht aber so aus: Es tragen von der Last im Normaljahr

die Eisenbahnen und Eisenbahnsteuern rund 40 v. H., Sachwertbelastung der Industrie . . . 12 v. H., Verbrauchssteuern, Zölle und Tabaksmonopol . . . 48 v. H.,

zusammen 100 v. H.,

Nun ist heute die Belastung der Eisenbahn auch nichts anderes als eine Verbrauchssteuer. Zwar betont das Gutachten, daß Deutschland ja schließlich durch die Inflation auch seine Eisenbahnschuld verloren habe. In Wirklichkeit war diese aber vor dem Weltkriege ziemlich belanglos, obwohl die Eigenart der deutschen Volkswirtschaft, die auf engem Territorium eine schnell wachsende Bevölkerungsmasse ernähren mußte, zu dauerndem Ausbau führte. So haben wir in der Tat unsere Bahn ausgebaut und doch billige Tarife gehalten, indem wir eben auf eine eigentliche Verzinsung des in den Bahnen stehenden Kapitals, soweit es gemeinwirtschaftlich im Staatsbetrieb aufgebracht worden war, weitgehend verzichteten. Nun sollen wir eine recht große Verzinsung aufbringen, weit mehr als die uns benachbarten Staaten, denn der „Goldwert“ unserer Eisenbahnen würde wohl bedeutend zu hoch angenommen. Es ist dabei nicht berücksichtigt, daß aus unserm Eisenbahnsystem die wertvollen Zubringerstrassen der abgetretenen Provinzen herausgerissen sind, der Goldwert des ganzen Eisenbahnunternehmens deshalb viel tiefer als einst liegt. Folglich werden wir, und die Eisenbahnsachverständigen sagen das auch recht deutlich, kräftig gesteigerte Eisenbahnraten haben, und da die Frachten nun einmal zu den Selbstkosten gehören, eine Tendenz zu verhältnismäßig hohen Preisen infolge dieser Privatisierung der Eisenbahnen. Tatsächlich trägt also sehr wahrscheinlich von den ganzen Lasten der Besitz in Handel und Industrie noch nicht ein Achtel, und die übrigen sieben Achtel fallen praktisch weitestgehend auf die Verbraucher, insbesondere auf die breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Dieses Mißverhältnis übersehen auch die Verfasser des Dawes-Berichtes nicht. Sie glaubten aber offenbar, die Sicherung der inneren Aufbringung der Reparationen dadurch schaffen zu sollen, daß sie dem alten Brauch auf Verpfändung von Staatseinnahmen folgten, also eben Eisenbahnen, Zölle und Verbrauchssteuern hauptsächlich als Pfand nahmen. Doch weisen sie in ihren Darstellungen ganz ausdrücklich darauf hin, daß die von ihnen verlangten Einnahmepfänder ja nur einen Teil der deutschen Staatslasten darstellen und daß gegenüber dieser Belastung des Verbrauchs Deutschland bei den Steuern für seine sonstigen Ausgaben einen Ausgleich auch finden möge, einmal durch Verbesserung seiner volkswirtschaftlichen Organisation, zum andern aber auch in einer teilweisen Entlastung des Verbrauchs und in einer stärkeren Belastung des Besitzes und der hohen Einkommen.

Das Gutachten schlägt insbesondere ein Tabakmonopol vor. Dieses Monopol ist so gedacht, daß die Fabrikation verhältnismäßig wenig beeinträchtigt wird, daß aber der Zwischenhandel, der heute ungeheuerlich große Unkosten verursacht und in dem die Betriebe auf Kosten der Verbraucher sich in überaus ungesunder Zahl vermehrt haben, mit niedrigeren Zuschlägen arbeiten sollen. Der Zwischenhandel und Kleinhandel, die heute auf ihre Einkaufspreise 50 und 60 v. H. und gelegentlich mehr im ganzen aufschlagen müssen, weil eben eine Unzahl kleiner Läden mit ganz kleinem Umsatz doch eine Erlöszug finden wollen, soll mit kleineren Sätzen auskommen, mit 12 bis 15 v. H., so wie das auch in einer großen Zahl von Ländern längst der Fall ist, in Frankreich und Italien, in Österreich mit all seinen Nachfolgestaaten, in Schweden und mehrfach anderswo. Die so erzielte Erparnis im Preise soll dem Staate zufließen und wird nach der M. E. nicht überlegten Berechnung der Sachverständigen eine Einnahme von rund 850 Millionen Goldmark im Jahre ergeben. Hier handelt es sich um eine Ausschaltung volks-

Mar Dortu

ist den Steinoarbeitern, wenigstens dem Namen nach kein Unbekanntes mehr, ja, in der gesamten deutschen Arbeiterschaft hat der Name dieses Mannes einen ganz besonderen Klang. Seine Dichtungen und sonstigen Arbeiten, die im Druck erscheinen, sind eigenartig und finden deshalb nicht jedermanns Beifall. Die Sprache ist oft gewaltig, sehr oft schön, manchmal zu abgehackt, nicht selten ruppig, aber in dem allen liegt die Eigenart, die sicher nicht bewußt gewollt ist. Wir sind davon durchdrungen, daß Mar Dortu mit den Schilderungen aus der Steinbruchsindustrie und dem harten Arbeitsleben der Steinbrucharbeiter, bei diesen irrtümlich Eroberungen gemacht hat und es ihnen wohl zuzagt, wenn wir einen Abriß aus dem Leben des Dichters bringen. Der „Feuer“-Verlag in Leipzig, der sämtliche Werke des Dichters verlegt, gestattet uns den Abdruck; wir sagen: Vom Werdegang eines Dichters, und zwar ist die Schilderung so, wie sie Mar Dortu selber sieht.

Im hohen goldenen Juli des Jahres 1878. Ein Arzt schneidet meiner Mutter ein Stück Leben vom lebendigen Leibe ab — mich; Mar Dortu! Im Lande Holstein ist mein Vater Gärtner und Säger für 200 Bienenstöcke. Meine Mutter war ein Dienstmädchen.

Will man einen Menschen verstehen — dann muß man die Herkunft seines Blutes kennen. Mein Vater ist ein stiller Dichter. In seiner heimlichen Schreibmappe liegen köstliche Wortperlen. Vom Vater habe ich geerbt: Die Liebe zur Natur und die Freude an der Dichtkunst. Aber das Wilde und das Brutale, das Zähornige und Tröge, das Himmelstürmende, das letzte Sternverlangen — das habe ich geerbt von einem anderen Dichter: Von meinem Urgroßvater. Der ist ein Nordfrieser: Nachkomme wilder Seemänner, Schullehrer, Trunkenbold, Frauenfreund, Volksredner und Besenmacher in deutscher und in dänischer Sprache. Seine Frau ist eine Jüdin: In ihrem heißen Blute leben die Energien jener Normannengeschlechter. Und von diesen beiden Urgroßeltern habe ich Blut, Charakter und Seele geerbt. Ihnen bin ich viel näher verwandt als meinen leiblichen Eltern. Meinen Lebensgang rufe ich dafür zum Zeugen auf!

Mein Vater ist mir gegenüber verschlossen. Ich liebe ihn nicht. Meine Mutter ist mir gegenüber hart. Ich hasse sie. — Wer aber erzog dann mein Kinderherz? Der Wald, der Wind und die Bäche — die Vögel, die Sonne und die Sterne! Das waren die Freunde meines Kinderherzens. Die haben mich erzogen, die haben meine Seele entwidelt! Geprägt hat mich Gott.

Ich komme in die Volksschule und dann auf das Realgymnasium in Altona. Mit dreizehn Jahren erlebe ich meine erste Liebe — und meine Liebe wird erwidert! Da legten sich uns beiden jungen Menschen die Sterne als goldene Kränze aufs blonde Haar. Und unsere vier Augen waren blauer Wellenschiff.

Ich bin vierzehn Jahre alt. Vater ist krank und muß nach dem Süden. Wir wandern aus — nach Italien. Zwei Jahre leben wir am Südwesufer des Gardasees. Vater gärtner. Und ich helfe ihm. Mutter führt ein Gasthaus. Ein alter deutscher Professor führt mich ein in die Gärten des Schöngeistigen und in die Wälder rauschenden Wissens.

Meine Eltern haben unruhiges Blut — wir ziehen in eine große italienische Hafenstadt. Dort übernehmen meine Eltern ein lautes Gasthaus. Ich muß kellnern und ich muß kochen. Das paßt mir nicht. Ich will Natur und Freiheit. Und Liebe will ich. Ich will das Meer! Und heimlich verdinge ich mich auf eine Dreimastbarke als Leichtmatrose.

Schlipp den Anker! Europa, lebe du wohl! Hinaus geht's in die weite schöne Welt. Sechzehnhalb Jahr bin ich alt. Meinen Eltern bin ich ohne Gruß und ohne Liebe entschwommen. Mich liebt die See! — Mich liebt die Sonne! — Fliege, fliege, du unser gutes braunes Schiff! Wie eine wogende Wölfe durchsegeln wir hell den Atlantik: Von Nord nach Süd — im Sturme herum um das biffige Kap Hoorn. — Dann Chile: Salpeterstadt Zauique. Sind braune Mädchen an Land. Ich desertiere von Bord. Das Geld wird alle — und die braune Liebe wird alle. Mein Schiff ist fort.

Wieder: Es lebe die See! Ich nehme Schanz auf einem norwegischen Vollschiff — das ist ein Schnellsegler. — In guter Fahrt geht es in vierundsechzig Tagen von Chile nach Europa: Nach Dunquerque in der Normandie. Geld und weiße Normannemädchen — roten Lippen und roter Wein. Glücke, du Leben! — Sehen! Lernen! Suchen!

Ich werde ein Vagabund. Zu Fuß durchstrome ich nun ganz Europa. Erst bin ich ein Bettler. Dann male ich bunte Ansichtskarten. Dann singe ich in den Wirtschaften selbstgedichtete Seemannslieder in fünf oder sechs Sprachen. Und helles Geld klimpert silbern im breitrandigen Staldbute. Lustiges freies Vagantenleben — heute hier — und morgen dort!

Wo aber mündet das lustige freie Leben? Wo bleibt der Endzweck des menschlichen Seins? In der Arbeit! Ich lerne arbeiten. Ich arbeite in der Fabrik, im Bergwerk, beim Bauern und bei den Holzschlägern. Arbeit ist Glück! Aber ich halte nirgends lange aus. Ich habe hundert verschiedene Arbeitsstellen — ich erlebte hundert Berufe. — Zwei, drei, vier — höchstens sechs Wochen arbeite ich in einer Stelle. Länger nicht. Ich kann nirgends bleiben. Mein Blut tobt. Ich will auch „höher“ hinaus: Ich werde Verkäufer und Hotelsekretär, Schiffsalterant und Weinaufkäufer in Griechenland. — Das aber alles ist nichts: Da muß man ja heucheln und lügen!

Zwischenhin kehre ich öfters heim nach Italien zu den Eltern und helfe ihnen in ihrem Gasthause. — Ich lebe aber dabei zu gut. Ich werde ein Säufer und Schlemmer. — Ich raffe mich auf und besuche als Hörer ernste Vorlesungssäle. Ich höre Kunst- und Literaturgeschichte, Philosophie und Sprachforschung. — Aber auch das ist nichts. Das alles ist ein windloses Meer ohne Land! Ich suche und suche Etwas. — Was suche ich denn? Das weiß ich selber nicht. . . .

Ich entlaufe wieder dem Elternhause. Sattes Wohl-Leben mag ich nicht — und auch in Büchern ist nicht die letzte Wahrheit. — Wo aber liegt sie denn? In der Natur und in der harten Arbeit! Wie auch könnte ich ruhig mit sattem Bauche im weichen Bette schlafen — wenn ich doch weiß: Andere Menschen durcharbeiten die lange, lange Nacht! Ich werde wieder ein Vagabund. Schläfe einen ganzen Sommer draußen auf den freien Bergen — arbeite auch mal hier und da. — Wiederum durchwandere ich ganz Europa: Von Spanien bis hinauf nach Norwegen — vom Balkan bis hinauf nach Schottland. Habe ich einmal Geld, dann berühe ich Bahn und Schiff. Ich luche! Ich luche! Aberdeen und Liverpool. Ich werde wieder Seemann. Erst Koch auf einem britischen Fischdampfer. Dann Heizer auf einem Ozean-Tramp, auf einem Meer-Vagabunden. Als Hochseehelmer hin zu allen Erdteilen — hinüber über alle wildbraunenden Meere der schönen Welt. Ein Jahr in Nordamerika, dann in Westindien und Mexiko, Kellner an Land, Kaufmann an Land und Apotekenhelfer. — Dann als bittiger Landstreicher mit Güterzügen durch Staat und Staat. Billige Fahrt!

Und dann wieder daheim bei den alten Eltern — die weinen und weinen — und auch ich weine. Und doch kann ich nicht lange bleiben — mein Blut klopft: Fort in die Welt! Wieder Seemann — und dann wiederum daheim. Daheim aber Trum und Lasterleben in den Matrosenschenken. Auch wohl mal Bücher — aber alles kein innerer Trost. Dort drinnen in der eigenen Brust ist öde Leere.

Was suche ich nur? Achtundzwanzig Jahre bin ich nun alt — und ich weiß noch immer nicht, zu was ich eigentlich lebe. Ich muß ein Weib nehmen! Ich heirate ein gutes braves Mädchen, eine Deutsche. Nun bin ich etwas ruhiger, etwas gelehrt — aber ich bin immer noch der Blindsuchende.

Da — der Krieg! Und mein Herz wird weh zerrissen. Die Menschheit — ist das nicht etwas Ganzes? Muß sich die Menschheit gegenseitig anfallen wie grimmige Raubtiere? Nein! Nein! Das darf nicht sein! Alle Menschen sind Brüder! Und ich liebe alle Menschen gleich. Plötzlich weiß ich, was mich mein ganzes Leben lang suchte: Ich suchte die Liebe zur Menschheit! Ich suchte einen Menschen, der seinem Mitmenschen helfen könne: Und diesen Menschen habe ich nun endlich gefunden: Und dieser aufgefunden Mensch — der bin ich selber! Ich fand mein Herz! Meine Zunge taucht sich in Feuersaft — ich werde Beredsamkeit! Und ich nehme eine rote Feder — und ich weiß dann, daß ich aussprechen kann, was ich denke und was ich fühle — als gedichtetes Wort! Sturm wird — Klage wird — Zorn wird: Der Krieg ist ein Verbrechen! Der Krieg — meiner Seele ein schreckliches Erlebnis. Dieses innere Erschüttersein — das machte mich zum Dichter. Ich komme als Schipper nach Flandern. Dann soll ich Waffen nehmen. Ich soll Menschen töten. Nein — nie und nie! Alle Menschen sind Brüder. Tötet mich — ich töte nicht!

Kriegsgericht. Ach, der Kerl ist geisteskrank — sperrt ihn in den Narrenturm! So komme ich in eine Irrenanstalt. Mein Herz weint und mein Geist zerfließt. Die Menschheit tötet sich gegenseitig — die Menschheit ist wahnsinnig — und ich? Und ich? Bin nicht ich vielmehr der Wahnsinnige? Ich sehe doch im Narrenhaus! Ich will hinaus — ich will den Menschen helfen — ich will klären — ich will jüden: Krieg dem Kriege!

Und dann bin ich wieder Soldat: Soldat als Hafenarbeiter, als Eisenbahner, als Fabrikler, als Schreiber. Herz findet sich zum Herzen. Revolutionäre erkennen sich. Dann Barrikaden und Sturmgelänge. Menschheit, werde du frei! Hoffen — hoffen — — und schließlich war alles nichts. Ein kühner Anlauf — ein böser Sturz. Die Zeit ist noch nicht reif. Aber man muß zur Reife wecken. Helfet der Menschheit!

Was ich immer suchte, das fand ich: Ich fand mein eigenes Herz! Und ich bin ein Stürmer bei Stürmern — wir läuten ein:

Die neue Zeit!
Wir sind die Dichter des Höchsten, des Reinsten, des Tiefsten:
Wir sind die Dichter werdender Menschheit. Wir sind die Vorbereiter der allmenschlichen Gemeinsamkeit.
Blitze, zündet ihr!! Donner, grollet ihr!!

Laufende Worte.
Denn der Große friß den Kleinen
Und der Größte friß den Großen.
Also ist in der Natur sich
Einfach die soziale Fressge.

Schneidet man dem Junkertum den Kopf ab,
Schneidet man dem Junkertum den Kopf ab,
Denn 's ist, was das Junkertum an Kopf hat,
Alles, was das Junkertum an Kopf hat!
Glabrenner.

Staatsaffären nicht notwendig Zwischenglieder zugunsten der Staatsentnahmen. Es verlangt, daß an einigen Regierungsteilen man auf diesen Gedanken nicht eingehen, sondern lieber die Steuer noch höher durchrauben wolle. Dies würde ein bedauerliches Verkennen der an sich durchaus richtigen Absichten des Dames-Komitees sein, ein Versuch, einen Punkt dieses Berichts nicht durchzuführen, der den wirklichen Interessen der deutschen Volkswirtschaft zuwider und höchstens zugunsten einer kleinen, allerdings manchmal auffallend mächtigen Gruppe von Interessenten wirken würde. Die deutsche Volksgemeinschaft scheint mir an solchen Versuchen gar kein Interesse zu haben, sondern umgekehrt: Schon Bismarck hat einmal erklärt, daß ein verlorener Krieg nur durch Staatsmonopole finanziert werden könne. Das aber erst recht, wenn eine Unzahl sachlich überflüssiger Zwischenglieder sich in die Verteilung, den Handel mit Genußmitteln eingeschoben hat. Dies ist bei uns in größtem Maßstabe der Fall. Und wenn man außer dem Tabakmonopol noch ein solches für den Handel mit andern nicht unbedingt notwendigen Genußmitteln einführen würde, so würden die Staatsausgaben durch eine Vereinfachung und Verbesserung der volkswirtschaftlichen Organisation gedeckt werden. Das liegt aber durchaus im Sinne des wirklichen volkswirtschaftlichen Interesses im allgemeinen, demjenigen der deutschen Arbeitnehmer im besonderen.

Im übrigen verlangen die Sachverständigen des Dames-Komitees eine Herabsetzung der Umsatzsteuer. Diese verteuert die Waren um mindestens 10 v. H., ohne daß doch der Staat diese Beträge wirklich einnimmt. Sie ist eine der wesentlichen Ursachen unserer gegenwärtigen Ueberweltmarktpreise und wird unbedingt abgebaut werden müssen. Dann aber verweist das Gutachten auf drei Einkommensquellen, die Deutschland nicht in genügender Weise ausgenutzt habe, nämlich die Erbschaftsteuer, deren Höhe nach ihrer Meinung hinter denjenigen der Ententestaaten beträchtlich zurückbleibe, ferner auf die Besteuerung der hohen Einkommen, bei denen sie in klassischer Weise nachweisen, daß die theoretisch hohen Sätze in Wirklichkeit praktisch noch nicht zur Hälfte eingekommen sind, und endlich verweisen die Sachverständigen auf die Möglichkeit, daß Deutschland auch eine Sachwertbelastung der Landwirtschaft durchführe. Man hat ein wenig den Eindruck, daß die Sachverständigen sich gewissermaßen entschuldigen, weil sie die von der Regierung Cuno ihnen direkt angebotenen 300 Millionen Goldmark jährlich an Sachwertbelastung der Landwirtschaft nicht angenommen haben. Sie erklären, daß sie bei der augenblicklichen schwierigen Lage der Landwirtschaft mit Rücksicht auf die Volksernährung von solcher Last abgesehen hätten, daß aber Deutschland (offenbar bei Wiedereintritt normaler Umstände) eine solche Sachwertbelastung sehr wohl durchführen könne. Und endlich verweisen sie auch auf die Möglichkeit einer viel stärkeren Besteuerung der Inflationsgewinne, als Deutschland sie bisher versucht hat.

4. Praktische Folgerungen aus der Kritik.
Alle diese Hinweise der Sachverständigen sind erfreulich und besonders auch der Hinweis, daß die Lebenshaltung des deutschen Volks nicht unter diejenige der Ententestaaten sinken dürfe. Aber leider sind die meisten Punkte gerade keine zwingenden Vorurteile des Gutachtens, und zwischen den Zeilen verweisen sie eben die Lösung dieser Frage letztlich und endlich auf die Machtverhältnisse innerhalb Deutschlands selber. Der Dames-Bericht schafft einen Zustand, der unter allen Umständen besser für die Volkswirtschaft und besser für die breiten Massen ist als derjenige der Inflation und als der gegenwärtige des Mium-Systems. Aber keineswegs ist dieser Zustand so, daß man in ihm eine gerechte Verteilung der Lasten aus dem verlorenen Kriege erblicken kann, sondern was er zunächst schafft, ist eine Lastenaufteilung großen Stils auf die breiten Massen und den Hinweis an diese, um diese Lastenaufteilung nun im frei gebliebenen Gebiet, nämlich bei der inneren Staatslast, zu kämpfen. Dieser Kampf wird uns führen sein etwa unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Das Interesse der breiten Volksmassen erfordert nach Annahme des Dames-Berichts eine schleunigste und nachdrücklichste Hinübertragung auf Abtragung der Kriegsschuld durch Kapitalisierung und schleunigste Freigabe sowohl des befreiten Landes wie der Wälder, insbesondere derjenigen, die eine Belastung des Verbrauchs darstellen.
2. Inzwischen müssen sich die deutschen Volksmassen bei ihrem Kampfe um eine erträgliche Gestaltung ihrer Lebensbedingungen auf die allgemeine Tendenz des Gutachtens stützen, das ausdrücklich den Lebensstandard der deutschen arbeitenden Massen — und damit offenbar auch Arbeitszeit und Arbeitslohn nicht unter den allgemeinen Standard der Ententestaaten gesenkt sehen will.
3. Die Lasten, die das Gutachten auferlegt, treffen zu sieben Teilen den Verbrauch und nur zu ein Viertel den Besitz. Um so mehr muß die innere Staatslast einen Ausgleich für den Verbrauch bieten und durch eine stärkere Heranziehung des Besitzes getragen werden. Dieses Finanzprogramm muß zugleich so gestaltet sein, daß es die Tragung der Lasten nicht durch schwere Belastung der deutschen Arbeitskraft und des Verbrauchs, sondern durch hohe Organisation der deutschen Volkswirtschaft herbeiführt. In diesem Sinne würde das Finanzprogramm in äußern Umrissen etwa so aussehen müssen:
 - a) Schnellste Herabsetzung der Umsatzsteuer auf höchstens 1/2 v. H. binnen Jahresfrist;
 - b) Stärkste Heranziehung des Besitzes durch weitgehenden Ausbau der Erbschaftsteuer. Wirkliche Aufwertung zugunsten der öffentlichen Hand und nicht Scheinaufwertung zugunsten einer kleinen zufälligen Gruppe einzelner Geschäftiger. Dies allein ermöglicht
 - c) Abmilderung der Reparationslast durch weitgehende Sachwertentlastung und Sachwertbelastung in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Bankwesen.
 - d) Einführung von Monopolen unter Ausschaltung der überflüssigen, in der Inflationszeit eingewickelten Handelsbetriebe auf Tabak, Alkohol und zugehörigen Nebenartikeln (Streichhölzer usw.).

4. Wichtigster Punkt: Steigerung des Ertrags der nationalen Arbeit durch höhere Organisation in der Volkswirtschaft, etwa unter folgenden Leitlinien:

- a) Landwirtschaftsförderung nicht durch Schutzoll und Verbrauchsbelastung, sondern durch reichliche Zuführung billiger Betriebsstoffe, insbesondere Düngemittel, nach den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Braun.
- b) Beseitigung der verteuerten übermäßig zahlreich eingeschalteten Handelsbetriebe durch bewußte Förderung der profitlosen Warenvermittlung, insbesondere der Genossenschaften.
- c) Steigerung des Ertrags unfres Außenhandels durch weitgehende Handelsverträge, die nicht durch Abschließung, sondern auf immer weitergehende internationale Arbeitssteigerung abzielen.
- d) Durch Begünstigung der inländischen Exporte, die allein den für eine höhere Organisation der Volkswirtschaft erforderlichen Kapitalbetrag schaffen kann und Beteiligung auch des kleinen Sparers an dem Ertrage dieser Kapitalbildung durch hohen Zins bei Sparkassen und allen öffentlichen Kreditanstalten für Einlagen.

Die Last des Dames-Berichts ist kleiner als diejenige des unglückseligen Mium-Systems. Sie bleibt immer noch weit größer, als sie je einem Volke in der Weltgeschichte auferlegt worden ist. Sie wird nur dann abgetragen werden können, wenn wir durch höchste Organisation unserer volkswirtschaftlichen Kräfte den größten Nutzen aus unserer Wirtschaft und unserer Arbeit herausholen können. Wird dieser Nutzen nicht durch Druck und Verelendung, sondern durch Verbesserung des gesamten wirtschaftlichen Apparates unfres Volkes erzielt, so wird trotz allem eine Besserung unserer Lage und eine berechtigte Hoffnung auf eine weit bessere Zukunft das Ergebnis sein können. Aber nicht bei fatalistischem An- und Hinnehmen, sondern bei bewußtem Erkennen der Ziele und energischer Anwendung der Mittel.

Tagung des Bundesauschusses des ADGB.

Der Bundesauschuß trat am 21. Juli zu einer zweitägigen Tagung zusammen. Der Bericht des Bundesvorstandes, der Leipzig erstattete, erstreckte sich auf die derzeitige Wirtschaftslage und die Kampflage der Gewerkschaften, sowie auf die Tätigkeit des Vorstandes. Insbesondere wies er auf die große Bedeutung der Verhandlungen der sechsten internationalen Arbeitskonferenz in Genf über den Achtstundentag und die Ratifizierung des Washingtoner

Abkommens hin, die dem Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages einen neuen Impuls gaben. Die deutschen gewerkschaftlichen Erhebungen über die wirkliche Arbeitszeit in den Betrieben ließen erkennen, daß etwa ein Drittel der Betriebe länger als 8 Stunden arbeite. In vier Industrien bewegte sich die Prozentziffern der Längerarbeit der Betriebe zwischen 46 und 78 v. H. und der Personen zwischen 44 und 82 v. H. Es muß das Bestreben der Gewerkschaften sein, das verlorene Terrain zurückzugewinnen oder wenigstens für die zugelassene Ueberarbeit tarifliche Ueberstundenzuschläge durchzusetzen. Im weiteren berichtete er über den Abbau des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, über die Verhandlungen der beiden Internationalen zum Sachverständigenrat (vgl. S. 255 ff. und 264 d. Gew.-Ztg.), über die mit der Reichsregierung zu diesem Gegenstande und zur Schutzollpolitik stattgefundenen Beratungen über den bevorstehenden internationalen Kongreß für Sozialpolitik in Prag und über die vor wenigen Wochen abgehaltene Konferenz mit den Bezirkssekretären des ADGB, die sich besonders mit den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Neulebung der Agitation befaßte. Besonders die letztere Frage nahm der Bundesvorstand zum Anlaß, sie den Verbandsvorständen bringend ans Herz zu legen. In den Gewerkschaften mache sich vielfach Niedergeschlagenheit, Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit geltend, die noch unter den Einwirkungen der Inflation fortwirken und die Vorzeichen der bereits einsetzenden Besserung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet völlig übersehen. Die starken Verluste der Gewerkschaften seien mit auf diese Stimmung zurückzuführen, die sich leider auch zahlreicher Funktionäre bemächtigt habe. Dieser Pessimismus müsse aber überwunden werden. Es müsse das alte Selbstvertrauen zur eigenen Kraft und Arbeit und zu den Erfolgen der Gewerkschaften zurückkehren, die bei energischem Rühren und jähem Ringen auch nicht ausbleiben werden. Besonders ist es zahlreichen Gewerkschaften gelungen, wieder bessere Tarifabschlüsse als in den Wintermonaten zu erreichen. Die Gewerkschaften müssen sich wieder mehr der Aufgabe widmen, das Persönlichkeitsbewußtsein der Mitglieder zu heben. In der Aussprache wurde besonders über die Beschlüsse des Genossenschaftstages in Ulm betr. das Nachtbrotverbot beraten. Da dem Reichstage bereits Anträge zu diesem Gegenstande vorliegen, wurde es den dem Reichstage angehörenden Gewerkschaftsvertretern überlassen, zu prüfen, inwieweit den Wünschen der Genossenschaften nach Ausnahmen für Dreischichtbetriebe Rechnung getragen werden kann, ohne das Nachtbrotverbot selbst zu beseitigen. Ferner wurde die Notwendigkeit anerkannt, dem unwürdigen Zustand, in dem sich der Vorläufige Reichswirtschaftsrat zur Zeit befindet, sofort ein Ende zu machen. Eine diesbezügliche Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Die an Stelle des ausgeschiedenen Sekretärs, Genossen Wisjell, vorgenommene Wahl eines Bundessekretärs ergab die einstimmige Wahl des Genossen Wilhelm Eggert (Metallarbeiterverband) in Stuttgart.

Ueber das Sachverständigen Gutachten und die Stellung der Gewerkschaften hielt Genosse Tarnow einen sehr instruktiven Vortrag. Er erläuterte den Inhalt des Gutachtens und die damit für Deutschland verbundenen Lasten. Wer diese mit der gegenwärtigen Belastung, besonders aus den Miumverträgen vergleichbar, könne gar nicht im Zweifel sein, daß die Vorschläge des Gutachtens wohl für uns erträglich und daher anzunehmen seien. Der Redner berichtete weiter über die Arbeiten der vom Bundesvorstand hierzu eingesetzten Kommission, deren Ergebnisse in einer Denkschrift zusammengestellt und bis Ende des Monats in Druck vorliegen würden. Dieselbe soll allen Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise zur Verfügung gestellt werden. Nach kurzer Aussprache wurde den Gewerkschaftsvorständen empfohlen, diese Frage eingehender in ihren Gewerkschaften zu behandeln.

Daran schloß sich der Bericht der vom Bundesauschuß eingesetzten Kommission über die Vorbereitung einer Volksabstimmung betr. den gesetzlichen Achtstundentag, in deren Auftrag Weitz referierte. Die Kommission hat Sachverständige gehört und Gutachten eingeholt über die Frage, ob ein eigener Gesetzesentwurf oder das Washingtoner Abkommen der Volksabstimmung zugrunde zu legen sei, und ist schließlich zu dem Entschluß gekommen, das letztere zu empfehlen. Die längere Aussprache, die sich hieran knüpfte, befaßte sich eingehend mit den Vorzügen und Mängeln beider Möglichkeiten, mit den Aussichten der bereits im Gange befindlichen parlamentarischen Aktion und mit den für die Durchführung der Volksabstimmung erforderlichen Maßnahmen.

In Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Ankündigungen der Regierungen in England, Frankreich und Belgien, daß sie ihren Parlamenten jetzt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens empfehlen wollen, beschloß der Bundesauschuß, die dem Deutschen Reichstage angehörenden Gewerkschaftsvertreter aufzufordern, durch einen entsprechenden Antrag im Reichstage die Regierung zu veranlassen, einen Gesetzesentwurf über die Regelung der Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen, dessen Annahme und Durchführung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in angemessener Frist auch in Deutschland ermöglicht.

Die Vorschläge der zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über den Achtstundentag eingesetzten Kommission verwies der Bundesauschuß zunächst an die Vorstände der Einzelverbände zur beschleunigten Stellungnahme.

Die Verbände sollen insbesondere über die Aufbringung der Geldmittel, die zur Propaganda für die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse herbeiführen. Der Bundesauschuß sprach sich dahin aus, daß der Mindestbeitrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propagandafonds 50 Pfg. betragen muß. Jeder Verband soll die hiernach auf ihn entfallende Summe vom 1. November d. J. ab verfügbar halten.

Die Vorstände der Verbände haben über ihre Entscheidung rechtzeitig an den Bundesvorstand zu berichten, damit dieser einer späteren Sitzung des Bundesauschusses das Ergebnis vorlegen kann. Der Bundesvorstand erwartet zugleich, daß bis dahin auch das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorliegt und die angefordigte Ratifizierung in England, Frankreich und Belgien erfolgt oder doch soweit vorbereitet ist, daß auf ihre tatsächliche Durchführung gerechnet werden kann.

An letzter Stelle berichtet Brey namens der vom Bundesauschuß in Ausführung des Leipziger Kongreßbeschlusses über die Organisationsfrage eingesetzten Kommission, daß diese, um einer geeigneten Lösung näher zu kommen, einen Arbeitsauschuß eingesetzt habe. Dieser habe indes seine Arbeit infolge der allgemeinen Zeitverhältnisse, die alle Gewerkschaften mit einer Ueberlastung von Aufgaben überbürdeten, nicht erledigen können. Ein Vorwurf daraus könne niemand gemacht werden, am wenigsten dem Bundesvorstand, der vielmehr wiederholt gedrängt habe. Der Arbeitsauschuß werde am 24. und 25. September d. J. zusammenzutreten und der am 26. September tagenden Kommission seine Vorschläge unterbreiten. Leipzig unterrichtete nochmals die Feststellung der Kommission, daß dem Bundesvorstand an der Verzögerung kein Vorwurf treffe, und empfahl der Kommission, wenigstens solche praktische Vorschläge zur Verbesserung der Organisation zu machen, daß sie der nächstjährige Kongreß zum Beschluß erheben könne.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Fehlende Abrechnungen. Bis zum 5. August hatten folgende Zahlstellen noch keine Abrechnung vom 2. Quartal 1924 an die Hauptkasse gefandt:

1. Gau Nordost: Braunsberg, Freienwalde, Ludenwalde, Marienburg, Pyritz, Schneidemühl.
1. Gau Nordwest: Delmenhorst, Fünfseen, Mantmoos, Oldenburg/Preuß., Oldenburg/Holstein, Verden.
2. Gau: Beuthen, Frankenstein, Glogau, Graase, Greiffenberg, Jauer, Königswalde, Mauer, Sagan, Oberpeilau.

3. Gau: Aue, Baugen, Froburg, Neumark, Reichenbach i. B., Zittau.

4. Gau: Auensleben, Bantorf, Carlshafen, Kassel, Cölleda, Ehringen, Flechtingen, Gotha, Göttingen, Hebersleben, Hildessen, Hohenberg, Meentzen, Moschheim, Mücheln, Nordhausen, Osterburg, Osterholz, Quentel, Querfurt, Reiffenhäuser, Rosla, Schöningen, Volkmarshausen, Wernswig, Zörbig, Mündchagen, Süplingen, Schlei.

5. Gau: Altdorf, Aachen, Bonn, Krefeld, Koblenz, Dorn, Dresde, Eckenhausen, Eberfeld, Gladbach, Gummersbach, Herford, Hunsrück, Ibbenbüren, Kaschau, Mülheim, Ramsdorf, Sinsper, Anna, Wehrath, Weisshofen, Vottrupp, Köln II, Lemgo, Niederbreisig.

6. Gau: Aßenz, Bedesbach, Dörsenheim, Eberbach, Haslach, Kridenbach, Landau, Lütchenbach, Mühlbach a. Gl., Odenheim, Pforzheim, Reinsheim, Stuttgart, Wallbüren.

7. Gau: Blaubeurg, Eberhardtsreuth, Kelheim, Kiefersfelden, Kronach, Miltach, Dörmisbach, Röhrenbach, Selbig, Triebendorf, Waldbirchen.

8. Gau: Augsburg, Dietershan, Hajenthal, Rembach, Röhberg, Richtenfels, Rördlingen, Spechtsbrunn, Bieteth, Windsheim, Altengronau, Rothenburg.

9. Gau: Altdiez, Bechlingen, Beilstein, Eichbach, Driedorf, Eibengels, Flonheim, Hintermühlen, Hölzenhausen, Kirn, Langenbach, Lendorf, Oberbessingen, Raghelshausen, Ruppach, Rothensbach, Saafen, Schaded, Sprendlingen, Billmar, Weitefeld, Zinbain.

Unsere Kohnkämpfe. Streik (Steingewinnung und Steinbearbeitung); in Koblenz und in Mainz; in Berlin bei der Firma Wolf, Alabasterarbeiter ausgesperrt; in Buchenau (Eiserfelder Steinwerke AG).

Gesperrt. Die Sperre über den Schleifereibetrieb der Firma Ra u l in Niederlamitz ist aufgehoben.

Zugung ist ferngehalten. Außer den Orten unter Streik von den Steinbrüchen bei Bohum, von Duisburg, von Frankfurt am Main (Steinarbeiter aller Branchen).

Erledigte Kämpfe: Im schlesischen Sandheingebiet und in Mellenbach mit Erfolg. In Bamberg erreichten die Steinseher und Pflasterer nach zweitägigem Streik 90 Pfg. Stundenlohn und 2 Pfg. für Wohlfahrtspflege (Ferienkasse). Damit stehen die Kollegen 23 Pfg. überm Mauererlohn, ändert sich dieser, tritt ebenfalls für das Straßenbauergewerbe automatisch eine Erhöhung ein. In Weiskensels der Streik im Straßenbau erfolgreich beendet. Die Sperre über den Landstraßenbau Weiskensels—Merseburg (Kasseler Firma) ist damit aufgehoben.

Zur Lohnbewegung in der Granitsteinerindustrie. Am 2. August tagte das Tarifamt in Leipzig und fällte einen Schiedsspruch, nach dem die bisherigen Löhne der Akord- und Zeitlohnarbeiter ab 7. d. J. 1. August um 10 Prozent zu erhöhen sind. Uniersieits wurde dem Schiedsspruch zugestimmt. Der Verband Deutscher Granitwerke hat sich eine Erklärungsfrist bis zum 12. August vorbehalten. Näherer Bericht an die in Frage kommenden Zahlstellen erfolgt durch Rundschreiben.

Die Verhandlungen für Bayern finden am 11. August in Hof statt.

Steinarbeiter.

Lübeck. Bezirkskonferenz für das Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg, Lübeck und der Provinz Schleswig-Holstein am 6. Juli 1924 in Lübeck. Zur Leitung der Konferenz wurde der Kollege Tra la u - Lübeck und Neumann - Hamburg, als Schriftführer Kollege E. Kademann - Kiel und Emil Rebiens - Oldesloe gewählt. Nach der Begrüßung der Delegierten durch den Kollegen Tra la u - Lübeck gab der Gauleiter seinen Bericht über die Tätigkeit im 1. Halbjahr und ging besonders auf die Verhältnisse in diesem Bezirk ein. Durch die anschließende Aussprache wurden die örtlichen Verhältnisse in den einzelnen Fachgruppen eingehend erörtert und hierdurch erhielten die Delegierten einen Einblick in die Gesamtverhältnisse der Steinindustrie in diesem Bezirk. Kritik wurde darin geübt, daß der Gauleiter das Landgebiet nicht genügend bearbeitet hat, sondern nach Ansicht einiger Delegierten die größeren Orte bevorzugt, und es wurde vom Kollegen Sörensen - Flensburg beantragt, daß der Gau verkleinert wird bzw. eine andre Gauseinteilung erfolge. Nachdem aber von einigen Delegierten und vom Gauleiter darauf hingewiesen wurde, daß sich die kommende Beiratsitzung oder der Verbandstag mit der Neueinteilung der Gause beschäftigen werde, wurde dieser Antrag zurückgezogen. Betont wurde, daß die größeren Orte sich eher selber helfen könnten, und wenn die gesamten Mitglieder des Verbandes sich mehr für das Organisationsleben interessierten, dann würde der Gauleiter auch bedeutend entlastet werden. Durch einige Beispiele aus den größeren Zahlstellen konnte diesen Kollegen der Beweis erbracht werden, daß es nicht immer zutrifft, daß die Kollegen in den größeren Orten die Sachen selber regeln können; hierzu wurden einige recht drastische Fälle angeführt. Deshalb müsse es dem Gauleiter überlassen bleiben, selber zu entscheiden, wo er zuerst hinfahren muß. Aber es wäre auch Pflicht, daß die Zahlstellen den Gauleiter von allen Vorkommnissen unterrichten, und die Kollegen dürften nicht solange warten, bis der Karren im Dreck steckt, und wenn ihn dann die Ortsverwaltung und Gauleitung nicht herausholen kann, solle und dürfe nicht auf den Verband geschimpft werden. Sein besonderes Augenmerk müsse der Gauleiter auf die Steinseher aus dem Kreise Eternsünde richten, da durch diese Berufs Kollegen der Tarifvertrag gefährdet ist. Diese Steinseher arbeiten mit Frau und Kindern in der Provinz; der Tarif und auch die Arbeitszeit würde nicht innegehalten, hierdurch würden sie von den Provinzial- und Kreisbauämtern bevorzugt. Von den Steinmehlkollegen wurde besonders darauf hingewiesen, daß sie niemals einer Vereinbarung über die Arbeitszeit zustimmen werden, wie sie für die Steinseher in den Pflaster-, Stein- und Schotterbetrieben zum Abschluß gekommen ist. In seinem Schlusswort geht Gauleiter Eddemeyer auf einzelne Unrichtigkeiten, die in der Aussprache zutage getreten sind, näher ein. Wenn er nicht an allen Orten sein konnte, wo er verlangt wird, so liegt dieses doch an den jetzigen Verhältnissen. Vor allen Dingen war es die erste Aufgabe des Gauleiters, dafür zu sorgen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen dort geregelt wurden, wo wir schon Mitglieder haben, und die kleineren Differenzen mußten die Zahlstellen selber regeln. Ferner mühten die Kollegen über vorkommende Differenzen so berichten, wie es tatsächlich ist, und nicht wie es der einzelne Kollege auffaßt und wohl haben möchte. Hierdurch wird eine Menge Arbeit erspart und es kann dann manches auf schriftlichem Wege erledigt werden. Unter Verbandsangelegenheiten wurde die Verschmelzung der beiden Verbände erörtert und die Kritik an dem Verhalten des Baugewerksverbandes und im besonderen an dem früheren Gauleiter Piffische war noch schärfer wie in Bremen. Der Antrag, der in Bremen zu dieser Sache angenommen wurde, war den Delegierten nicht weitgehend genug, sondern die Konferenz war der Ansicht, wenn der ADGB keine Änderung herbeiführen wolle, daß dann der Verband solange keine Beiträge bezahle, bis diese Angelegenheit geregelt werde, und der Streit aus der Fachzeitung verschwinden könne, dafür könnten besser andere Artikel gebracht werden. Kollege Tra la u - Lübeck erklärte hierzu auf dem letzten Verbandstag der Steinseher habe unser bewährter Kollege K n o l l gesagt, bedauerlich sei es, daß die Verhältnisse uns zwingen, die Verschmelzung vorzunehmen. Aber er glaube, daß sein Kind, der Verband, den richtigen Weg finden werde und dann auch geschlossen den Uebertritt vornimmt. Nun mühten wir das Trauerpiel erleben, daß ein Kollege, der an der Erziehung der Mitklieder mitgewirkt hat, sich wie ein eigenhütiges ungezogenes „Geh“ aufzührt, und dabei unter die Fittiche einer Bruderorganisation kriechen kann, und mit deren Mithilfe noch weitere Laus- und Fäulnisstreiche gegen den Steinarbeiterverband vollbringt. Vom Kollegen Sörensen wurde dann noch folgender Antrag gestellt:

Die Zentrale sollte Mittel zur Verfügung stellen, damit die Vorarbeiten und die Drucklegung der Verbandszeitschrift für das Straßenbaugewerbe gesichert ist.

Durch die Inflation sind die im Steinseherverband beschlossenen Extrabeiträge vollständig entwertet, und nochmals Extrabeiträge hierfür auszusprechen, dürfte wohl auf zu großen Widerstand bei den Mitgliedern stoßen. Die übrigen Anträge, die in Bremen angenommen sind, wurden zur Kenntnis genommen, und werden dem Zentralvorstand zur Durchführung unterbreitet. Vom Kollegen Neumann wurde die historische Bedeutung des 6. Juli in der Verbandsgeschichte der Steinarbeiter eingehend gewürdigt. Kollege Tralau-Kübel schloß mit einem Appell an die Delegierten, im Sinne der Anregungen und Beschlüsse zu wirken, die von 13 Delegierten besuchte Konferenz. Nicht vertreten war Bergedorf, Neumann und Rendsburg. Tschöke hatte sich entschuldigt, da sämtliche Kollegen auswärts arbeiten.

Steinseher und Pflasterer.

Bezirkskonferenz für Thüringen und Reg.-Bez. Erfurt. Am 20. Juli fand in Gotha für den Bezirk eine Konferenz statt, die sich außer mit Lohnberichten, auch mit Organisations- und Agitationsfragen zu beschäftigen hatte. Gauleiter Göhre gab im Auftrag der Dohnkommission den Bericht über die bisherigen Lohn- und Tarifverhandlungen, insbesondere von der Verhandlung am 20. Juli 1924. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß mit Wirkung ab 17. Juli der Stundenlohn für Steinseher auf 85 Pfg. und für Kammer 81 Pfg. festgelegt sei. Für die Hilfsarbeiter konnte bedauerlicherweise nur das alte Verhältnis beibehalten werden, wonach der Lohn für die Hilfsarbeiter für den ganzen Bezirk gleichmäßig 2 Pfg. mehr beträgt, als der Bauhilfsarbeiterlohn in Gotha. Die Schuld an letzterem, zweifellos unangenehmen Zustand tragen allerdings die Arbeiter selbst, weil sie fast ausnahmslos anderen Organisationen angehören. Die Delegierten versprachen mit der größten Energie dahin zu wirken, daß namentlich alle Arbeiter der zuständigen Organisation, nämlich dem Steinarbeiter-Verband zugeführt werden. In diesem Fall dürfte es möglich sein, auch für die Arbeiter zufriedenstellende Lohnsätze zu schaffen. Dann erläuterte der Referent die jetzt geltende Geschäftsordnung der Ferieninstitution, die folgenden Wortlaut hat:

Anspruch auf Ferien — 6 Tage pro Jahr — unter Weiterzahlung der jeweils geltenden vertraglich festgelegten Lohnsätze hat jeder Arbeitnehmer, sobald er mindestens 15 Wochen im Besuche gearbeitet hat. Die Regelung selbst geschieht nach folgenden Grundsätzen:

- nach 15wöchiger Beschäftigung 2 Tage
- nach 20wöchiger Beschäftigung 4 Tage
- nach 30wöchiger Beschäftigung 6 Tage.

Die fälligen Feriengelder hat der Arbeitgeber des Feriennehmers zu vergüten und später mit der Ferienkasse zu verrechnen. Haltbar für die Feriengelder ist der Arbeitgeber, bei welchem der Feriennehmer in Beschäftigung steht. Die Ferien selbst sind fällig nach Ablauf der oben bezeichneten Arbeitswochen und werden sobald die Ferien später genommen, nur zu den Lohnsätzen vergütet, die am Fälligkeitstage geltend waren.

Arbeitnehmer, die während ihrer Beschäftigung mehrere Arbeitgeber gehabt, erhalten die Feriengelder von der Soz. Wohlfahrtsinstitution für das Straßenbaugewerbe in Thüringen und Reg.-Bez. Erfurt, Geschäftsstelle Wilhelm Beyer, Mühlhausen i. Thür., ausgezahlt. Voraussetzung dabei ist, daß die betr. Arbeitgeber die entsprechenden Wohlfahrtsmarken geflekt haben. Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, über die ausgezahlten Feriengelder eine Quittung auszustellen.

Obwohl die Delegierten nicht völlig zufriedengestellt, sprachen sie der Lohnkommission gegenüber dennoch das Vertrauen aus. Die Lohnkommission setzt sich künftighin zusammen aus einem Vertreter der Filialen Gotha-Weimar und dem Gauleiter. Zur Finanzierung der Lohnkommission muß pro Quartal und Mitglied ein Beitrag von 25 Pfg. aufgebracht werden. Die rückständigen Zahlstellen sind durch den Gauleiter zur Zahlung aufzufordern, bzw. gelangen sie zur Veröffentlichung.

In längeren Ausführungen behandelte der Gauleiter die organisatorischen und agitatorischen Gegenstände der Konferenz und verapropitierte sämtliche Delegierte, alles anzusehen, um auch den letzten Mitarbeiter dem Steinarbeiterverband zuzuführen. Mit Ausnahme einiger Steinseher in Apolda und Eisenach dürfte sich die Agitation fast ausschließlich den ungelerten Arbeitervereinen zuwenden und es dürfte bei gutem Willen sehr wohl möglich sein, auch hier Musterhütten zu schaffen. Nach Erledigung einer Anzahl organisatorischer Fragen wurde als Bezirksreferent der Kollege Karl Müller in Erfurt, Mühlstr. 10, bestimmt. Die Bezirksstelle verfügt über einen Kasseeinstand von circa 17 Mk. Die Zahlstellen Weimar regt an, in kurzer Zeit für Thüringen eine weitere Bezirkskonferenz einzuberufen, an der alle Zahlstellen, unbeschadet der vorhandenen Branchen, geladen werden sollen. Gauleiter Göhre versprach, nach der Sitzung des Verbandsbeirats darauf zurückzukommen.

Köln. Wochenlang dauerte es, bis wir die Unternehmer zur Verhandlung bekamen. In der Verhandlung bot man uns 2 Pfg. Lohnserhöhung, was von uns abgelehnt werden mußte. Die Unternehmer erklärten sich bereit, mit uns zusammen den Beigeordneten der sozialpolitischen Abteilung der Stadt Köln, Herrn Dr. Lehmann, zu ersuchen, als Unparteiischer im Tarifamt einen Schiedsspruch zu fällen. Herr Dr. Lehmann setzte die Lohnserhöhung von 2 auf 5 Pfg. Die Unternehmer brachten diesen Lohn zur Auszahlung, wogegen die Kollegen auch diesen Spruch ablehnten. Bezahlt werden bis 9 Mk. bei achttündiger Arbeitszeit. Wir wandten uns an den Schlichtungsausschuß. (Hier verlagten wir sozusagen den Teufel bei Beelzebub.) Nach langer getrennter Verhandlung mit den Parteien fällt der Schlichter, ein ehemaliger gewerkschaftlicher Sekretär, den Spruch, der dahin ging, daß der Lohn der Pflasterer nicht 82, sondern 83 Pfg. sein sollte. Die Kammer sollten 75 Pfg. ab 16. Juli erhalten. Unser Antragsteller erklärte, daß er ein Gefühl habe, als sei er bei einem Mastenlöcher, was vom Vorsitzenden schmunzelnd hingenommen wurde. — Am 22. Juli fällt das Lohnamt für das Baugewerbe einen Spruch, nach dem die Maurer 79 Pfg., die Hilfsarbeiter 65 und die Tiefbauarbeiter 63 Pfg. haben sollten. Die Bauarbeiter in Köln sind in den Streik getreten. — In einer am 25. Juli stattgefundenen Versammlung geißelten die Kollegen das Verhalten der Unternehmer, doch stimmte man dem Schiedsspruch als vorläufigem Ergebnis zu. Auch wurde das Prämiensystem scharf kritisiert.

Begründung des Schiedsspruches in Köln. Dem Antrag der Arbeitnehmer, den Stundenlohn auf 95 bzw. 90 Pfg. festzusetzen, konnte nicht stattgegeben werden. Die durch den Schiedsspruch festgesetzten Löhne erscheinen angemessen. Zudem ist noch zu berücksichtigen, daß nach einstimmiger Auffassung aller Beteiligten von der überwiegenden Mehrzahl der Arbeitgeber im Pflasterergewerbe über den Tariflohn hinaus höhere Löhne gezahlt werden. (Wirklich eine salomonische Begründung. Red. des Steinarb.)

Industriegebiet. Am 2. Juli beantragten wir bei den Unternehmern Lohnverhandlungen und erhielten den Bescheid, daß eine Verhandlung überflüssig sei, da sie auf Grund der Verhältnisse keine Lohnserhöhung zustimmen könnten. Falls die Kollegen mehr verdienen wollten, sei es an der Zeit, daß die Parteien auf Grund des vom Tarifamt gefällten Schiedsspruches sich über eine vorläufige Arbeitszeit einigen. Auf letzteres teilte der Gauleiter mit, daß wir die Zeit noch nicht als gekommen ansehen könnten, da bis jetzt von uns noch keine Arbeitskräfte angefordert worden sind. Wegen der Lohnfestsetzung wandten wir uns am 13. Juli an den zuständigen Schlichtungsausschuß in Dortmund. Die Dortmunder Kollegen glaubten, daß wieder Wochen vergehen könnten, ehe es zu einem Spruch, der uns eventuell wieder abweist, kommt und stellten den Dortmunder Unternehmern das Ultimatum: Sofort in Verhandlung treten oder sie legen die Arbeit nieder. Da die Unternehmer sich weigerten, in Verhandlung zu treten, legten die Kollegen auf eigenes Risiko die Arbeit am 17. Juli nieder. Die Bauhütte und zwei der Unternehmerorganisation nicht angeschlossenen Firmen unterzeichneten unsere Forderungen, die wir dem Schlichtungsausschuß unterbreiteten: 1.10 Mk. für Pflasterer, 1.05 Mk. für Kammer und 80 Pfg. für Hilfsarbeiter. Bei diesen Firmen arbeiten die Kollegen. Da auch die Arbeit an der Schupokaserne, die von der Besatzung belegt war, ruhte, so forschte die französische Kriminalpolizei nach den Gründen der Arbeitsniederlegung bei untrer Leitung in Dortmund. Wahrscheinlich geschah dies auch bei den Unternehmern, denn der Obermeister der Dortmunder Innung teilte unserem Vorsitzenden mit, daß, wenn die Arbeit am 21. Juli wieder aufgenommen würde, er bereit sei, bei der Verhandlung am Schlichtungsausschuß am 22. Juli für eine angemessene Lohnserhöhung einzutreten. Die Kollegen nahmen daraufhin die Arbeit am 21. Juli wieder auf. Bei der Verhandlung am 22. Juli traten die beiden Vertreter der Innung und des Pflastermeisterverbandes auch sehr zurückhaltend auf. Sie erklärten auf Grund der bestehenden Verhältnisse freiwillig nichts bewilligen zu können und baten um einen Schiedsspruch. Sie hatten sich aber zwei Herren als Beisitzer ausgelacht, von denen sie überzeugt waren, daß ihnen nicht zuviel zugemutet wird. Trotzdem unser Vertreter den Nachweis erbringen konnte, daß die Löhne im Bezirk bis 36 Pfg. unter dem Höchstlohn stehen und hier im Westen die Lebensbedingungen auf keinen Fall billiger als in irgend-einem andern Bezirk sind, schlug der Schlichter vor, die Löhne der Pflasterer, Kammer und Hilfsarbeiter um 10 Pfg. zu erhöhen. Siergenen traten beide Unternehmerbeisitzer auf. Herr Schneider-Langendreeer war gegen jede Erhöhung und Herr Fuchs-Düffeldorf war wohl für die 10 Pfg. für die Pflasterer, doch müsse die Differenz zwischen den einzelnen Löhnen größer sein. Wie nicht anders von einem Schlichter zu erwarten, folgte der Herr dem Wunsch und erklärte im Schiedsspruch, daß der Lohn für Pflasterer um 10, für Kammer um 5 und für Hilfsarbeiter, die über drei Monate im Gewerbe arbeiten, um 4 Pfg. erhöht werden soll. Demnach hätten die Pflasterer 87, Kammer 77 und Hilfsarbeiter 63 Pfg. Diesem Spruch stimmte Herr Fuchs zu, wogegen Herr Schneider und selbstverständlich unsere Vertreter ihn ablehnten. Bis Montag, den 28. Juli, sollte die Erklärung von den Parteien abgegeben werden. Diese Lohnserhöhung hat zum Teil nur formellen Wert, da ein großer Teil seit langer Zeit weit mehr Lohn bekommt und ein anderer Teil der Kollegen im Afford arbeitet. Da vorauszu-sehen war, daß die Unternehmerorganisationen dem Spruch zustimmen werden, stimmten auch die Kollegen zu, soweit sie sich überhaupt in der kurzen Zeit dazu äußern konnten. Nicht allein uns, sondern allen Arbeitern fällt es äußerst schwer, eine annehmbare Lohnserhöhung durchzubringen, da die Schwerindustrie logar verjährt, die Löhne herabzusetzen. Die Löhne des Baugewerbes, falls der neueste Schiedsspruch von den Unternehmern angenommen wird, betragen in diesem Tarifgebiet: für Maurer 79, 76, 75 und 71 Pfg., für Hilfsarbeiter 65, 61, 57 und 51 Pfg., für Tiefbauarbeiter 63, 61, 56 und 51 Pfg. Zur Zeit läßt die Nachfrage nach Arbeitskräften nach und gehen auch die Löhne auf den festgesetzten Tariflohn herab, so daß dann auch unsere Kollegen mehr Interesse an der Regelung des Tariflohnes haben werden, was sie jetzt noch vermessen lassen.

Rundschau.

Aus der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie. Am 20. Juni hatte in Hannover der Reichsverband dieser Industrie seine 16. Jahreshauptversammlung. Ein kurzer Bericht über diese Tagung steht im Heft 14 vom 22. Juli „Die Steinindustrie“ (vorm. Steinbruch). Er enthält neben den üblichen geschäftlichen und organisatorischen Angelegenheiten auch Vorkommnisse, die die Belange der Steinarbeiter betreffen; das ist vor allem der Neuausschluß des Reichsarbeitsvertrages und der Schlichtungsordnung. Im Bericht wird darüber gemeldet:

„Der Vorsitzende gab zunächst ein Bild über die außerordentlich schwierigen Verhandlungen und bat, bei der Kritik dieses zu berücksichtigen. Insbesondere war die Arbeitnehmererschaft nicht dazu zu bewegen, der Einführung der neunten Arbeitsstunde zuzustimmen. Es wurde erst ein 15prozentiger Zuschlag gefordert, der späterhin aber fallen gelassen wurde und an seine Stelle das Einverständnis der Arbeitnehmererschaft trat. Es ist ohne Frage klar, daß sich bei der Durchführung des Vertrages Schwierigkeiten ergeben werden, aber er bitte schon heute die Verbandsmitglieder, alle Schwierigkeiten der Geschäftsstelle mitzuteilen, damit diese entsprechende Schritte bei den Zentralleitungen der Arbeitnehmerverbände zwecks Behebung derselben unternehmen könne. Im übrigen müsse berücksichtigt werden, daß der Reichsarbeitsvertrag ja am 1. Oktober d. J. zum 31. Dezember d. J. gekündigt werden könne, falls die Schwierigkeiten so außerordentlich groß werden würden, daß die Folgen einer weiteren Aufrechterhaltung des Vertrages nicht mehr von der Industrie getragen werden könnten. Von den Herren Felix Zschmann-Leipzig und Adrian wurde darauf hingewiesen, daß der neue Reichsarbeitsvertrag dem Verband leider nicht die nötigen Verbesserungen gebracht habe, die man seinerzeit in Eisenach beschlossen habe. Bei der heutigen außerordentlich schweren Geschäftslage haben die Betriebe die Pflicht, die Selbstkosten auf das geringste Maß herabzudrücken, und hierbei seien die Arbeitslöhne und Arbeitsnormen mit ausschlaggebend.

Herr Zschmann bezweifelte weiter die Abschlußberechtigung der Verhandlungskommission und wies darauf hin, daß sein Verband aller Voraussicht nach hieraus insofern die Konsequenzen ziehen werde, als er den Austritt erklären werde.“ Nachdem die Herren Endrich, Nicolai, Dr. ing. h. c. Deidesheimer u. a. noch zu der Angelegenheit gesprochen hatten, wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Kommission selbstverständlich die Abschlußberechtigung des Reichsvertrages hatte und haben muß. Im übrigen soll durch das Haupttarifamt eine Auslegung des § 4 (Arbeitszeit) herbeigeführt werden, um die durch diesen Paragraphen aufgetretenen Schwierigkeiten zu beseitigen.“

Soweit die Auslegung und Regelung des § 4 (Arbeitszeit) in Frage steht, verweisen wir auf unsern zweiten Artikel in der heutigen Nummer. Im übrigen enthält der vorstehende Berichtsausgang manchen Hinweis, der auch unsern Kollegen dienen kann. Auch für die widerstrebenden Unternehmern gilt die Wahrheit, daß die jeweiligen Verhältnisse stärker sind wie die Wünsche, Forderungen und selbst der Wille; deshalb der Neuausschluß des Arbeitsvertrages. Ein solcher Vertrag ist wohl immer ein Nachgeben von hüben und drüben, ein Kompromiß. Beeinflußt von den Begründungen, die jede Seite vorbringt. Auch die Arbeiter haben viel weitergehende Forderungen wie sie der Neuausschluß jetzt vertraglich festgelegt hat, und die Unzufriedenheit über den Inhalt des Vertrages ist in ihren Reihen mindestens ebenso groß, wenn nicht gar stärker. Die wichtigste Frage bei solchen Verhandlungen ist letzten Endes immer die, ob die Unzufriedenheit hüben und drüben so stark ist, um von einem Neuausschluß überhaupt abzusehen; denn ein Diktat dieser oder jener Seite kann nicht in Frage kommen, würde auch in der Praxis vollständig verfallen. Deshalb das Abwägen der Vorteile und Nachteile und schließlich die Verständigung. — Wenn wir die kurzen Hinweise der Herren Zschmann und Adrian auf die Geschäftslage, Betriebspflicht, Selbstkosten und Herabdrücken der Arbeitslöhne nach unserer Auffassung durchdenken, dann kommen wir zu dem Schluß, daß ein Unternehmer, der mit diesen Maßnahmen seinen Betrieb aufrecht-erhalten will, nach volkswirtschaftlichen Begriffen nicht die Bezeichnung Unternehmer verdient. Vielleicht dürfen wir diese genannten Herren auf das Buch des amerikanischen Automobilfabrikanten Henry Ford aufmerksam machen und dessen Studium empfehlen; hoffentlich ringt sich dann eine andre Einstellung gegenüber der Arbeit und ihrer Bewertung durch. Wir haben in der deutschen Steinindustrie wohl eine ganze Anzahl ge-

schäftstüchtige Repräsentanten, die sich in erster Linie mit Hilfe der Arbeitskraft und der Arbeitsleistung der von ihnen beschäftigten Hilfs- und Facharbeiter zu einer führenden Rolle in der Steinindustrie emporgeschwungen haben; doch bei der Beurteilung der wertschöpfenden Arbeit fällt ihnen immer der alte Zopf ins Gesicht, sie bleiben in dieser Beziehung immer der Urgröbster. Leider!

Im Steinbruch erschlagen. In einem der Weltfirma Holzmann (Frankfurt a. M.) gehörenden Steinbruch in Kirchheim ereignete sich am 25. Juli mittags zwischen 12 und 1 Uhr ein folgenschweres Unglück, bei dem der in der Mitte der Biergig stehende Hilfsarbeiter Otto Götz aus Randersader getötet, der verheiratete Rif. Mark aus Eßfeld und Konstantz Kleinert aus Randersader erheblich verletzt wurden. Letztere wurden ins Luisenpoldrankenhaus nach Würzburg gebracht. — Die Verunglückten waren mit Abraumarbeiten im Steinbruch beschäftigt, wobei sie durch nachstehenden Abraum verkrüppelt wurden. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß bei den Abraumarbeiten die Vorschriften des stufenweisen Abraumens nicht eingehalten werden. Das hat seine Ursache in dem Raubbau der dort mit der Arbeitskraft getrieben wird. Im vorigen Winter mußten die Arbeiter aussetzen, jetzt drängt die Arbeit und nun geht alles nicht schnell genug. Die Gewerbeinspektion und die technischen Beamten der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft möge doch ein Augenmerk auf diese Menschenfallen richten und für Einhaltung der Vorschriften sorgen!

Sind Lehrlinge invalidenversicherungspflichtig? Nach § 1227 RVO. ist eine Beschäftigung, für die als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird, versicherungsfrei. Zweifel bestanden darüber, ob die Handwerkslehrlinge, die nur Kostgeld oder Unterhaltsbeihilfe erhalten, invalidenversicherungspflichtig waren. Eine Klarstellung dieser Frage finden wir nun in den vom Reichsversicherungsamt im Einvernehmen mit den Landesversicherungsämtern aufgestellten Richtlinien für die Invalidenversicherungspflicht der Lehrlinge. Diese lauten: 1. Wenn nur freier Unterhalt gewährt wird, ist der Lehrling versicherungsfrei. 2. Wenn statt des freien Unterhalts ein sogenanntes Kostgeld gezahlt wird, so liegt Versicherungspflicht vor, wenn das Bargeld ein Drittel des jeweiligen Ortslohns übersteigt. 3. Wenn neben freiem Unterhalt ein Lohn gezahlt wird, so liegt Versicherungspflicht vor, wenn der Lohn ein Sechstel des jeweiligen Ortslohns übersteigt.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

2. Gau (Regnitz). Gauleiter Kollege Senft ist ab 10. August verreist. Die Vertretung in wichtigen Angelegenheiten übernehmen bis zum 24. August: für die Granitindustrie Kollege Gustav Müller, Striegau, Volkshaus, Telefon 266; Sandsteinindustrie Kollege Fritz Beilharz, Löwenberg (Schl.), Laubauer Straße 220, Telefon 29; Basalt- und Melaphierindustrie und sämtliche übrigen Zahlstellen bzw. Industriezweige Kollege Gauleiter Richard Schulze, Niederbielau, Kreis Görlitz.

Leipzig. Die in Nr. 31 des „Steinarbeiter“ als ausgeschloffen bekanntgegebenen Steinseher Böhle, Pehold, Weißbach und Thierfelder sind nicht wegen Streikbruchs, sondern hauptsächlich wegen ihrer organisationswidrigen Handlungsweise, indem sie als wilde Affordkolonne auftraten, ausgeschlossen worden. Hinzu kommt noch der Steinseher Gustav Seyne. Die Zahlstellenverwaltungen und die interessierten Kollegen mögen vorstehende Richtigkeit beachten.

Wirsberg. Für den verunglückten Kollegen Gg. Hahn gingen durch Sammlung ein 31.80 Mk. Allen besten Dank!

Hans Kappmeier, Kassierer.

Adressenänderungen.

1. Gau: (N. W.) Stabe i. Hannover. Kass.: Paul Schurig, Hinterm Hagedorn 8, I.
3. Gau: Meisen (Sa.). Kass.: Franz Kumpf, Fabrikstraße 27.
4. Gau: Kassell. Vorl.: Ludwig Knauf, Friedrichstr. 31. Kass.: Joh. Mayer, Holländische Str. 131. — Burg. Kass.: Reinhold Bernstedt, Johannesstr. 5. — Gahma. Vorl.: Ernst Dreßel, Ruppertsdorf, Post Thimmendorf (Neuh.) Kass.: Otto Wödel, Ruppertsdorf 62, Post Thimmendorf (Neuh.).
5. Gau: Herdecke (Westf.). Vorl.: Ewald Gienau, Wetterstr. 46. Kass.: Jol. Geiermann, Hauptstr. 21. — Löhdorf (Kreis Ohrweiler, Rheinland). Vorl. u. Kass.: Engelbert Knauf. — Uachen. Kass.: Ludwig Kausch, Bachstr. 2s.
8. Gau: Pappenheim. Kass.: Fritz Knoll, Graf-Karl-Str. — Langen- altheim. Vorl.: Joh. Bieswanger.
9. Gau: Rinderbüngen. Kass.: Johannes Muth. — Groß-Steinheim. Vorl. u. Kass.: Bernhard Schmidt, Neutorstr. 8.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Wege zur Selbstbildung des Arbeiters (Heft 1) heißt der Titel der als Wink für die proletarische Bildungsarbeit vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbands herausgegebenen Broschüre. Hinweisend auf die Notwendigkeit und Schwierigkeiten der Bildungsarbeit sowie die Quellen proletarischer Bildungsbedürfnisses, führt die Broschüre in konzentrierter Stoffbehandlung ein in die einzelnen Gebiete der Arbeiterbildung, dabei eine reiche und wertvolle Quellenangabe der zweckdienlichen Literatur bringend. Dann folgen methodische Ratsschläge zur geistigen Arbeit. Die 32seitige Broschüre (Bezugspreis nur 25 Pfg.) gibt jedem Leser; ihre Verbreitung kann nur empfohlen werden.

Anzeigen

| | |
|--|---|
| Tüchtige Pflastermacher auf Granit sofort gesucht. | Bruchmeister mit langjähriger Praxis wird für Marmorbruch nach Jugoslawien gesucht. — Angebote an die Steinindustrie L. Pierotti Nachf. Zagreb S. Nr. 5. Kukovicva ulica 23/25. |
|--|---|

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekandt werden.

In **Wiesbaden** am 13. Juni der Sandsteinmetz **Fritz Wiesenborn**, 57 Jahre alt, Luftröhrenschwinducht; am 5. Juli der Sandsteinmetz **August Göbel**, 59 Jahre alt Darmtrebs.

In **Würzburg** am 16. Juli der Steinmetz **Peter Schöder**, 83 Jahre alt, Altersschwäche. (Dieser Kollege war der älteste Steinmetz in Deutschland, hat 50 Jahre als Steinmetz gearbeitet, außerdem war er vom 43. bis zum 63. Lebensjahr außerhalb des Berufs tätig.)

In **Rindensels** am 17. Juli der Granitsteinmetz **Adam Bauer**, 47 Jahre alt, Grippe.

In **Berlin** am 26. Juli der Schleifer **Herrn. Birtler**, 63 Jahre alt, Herzschwäche.

In **Tiefenstein** am 27. Juli der Hilfsarbeiter **Ludwig Bauer**, 25 Jahre alt, Unfall.

Ghreihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold Verlag
von Ernst Winkler beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.